

Pierre Elliott Trudeau

„Es ist an der Zeit, einen neuen Weg einzuschlagen.“

Bis Anfang Februar 1981 soll ein aus Mitgliedern des kanadischen Senats (Oberhaus) und des Unterhauses bestehender Ausschuß einen Bericht vorlegen, der es der Bundesregierung unter Premierminister Pierre Elliott Trudeau erlauben würde, die Überführung (Patriierung) der kanadischen Verfassung (Britisch-Nord Amerika Akt von 1867) zu betreiben. Eine Mehrheit der kanadischen Provinzregierungen teilt zwar den Wunsch der Bundesregierung nach Überführung der Verfassung, äußert aber Bedenken hinsichtlich einer schon jetzt vorzunehmenden Einschließung eines Grundrechtekatalogs als Teil des Patriierungs-Vorgangs.

Premierminister Trudeau möchte noch vor dem 1. Juli 1981 eine endgültige Bereinigung der Verfassungsfrage erreichen.

Am 2. Oktober 1980 erläuterte der Premierminister seine Vorstellungen und leitete damit die seit-herige lebhafte innerkanadische Debatte ein, die zunächst mit dem am 6. Februar 1981 fälligen Bericht des Parlaments-Ausschusses beendet sein wird.



Ich möchte heute abend über die Vergangenheit sprechen, über einen verfassungsmäßigen Wandel. Vor einem Jahrhundert und dreizehn Jahren unternahm eine Gruppe bemerkenswerter Leute einen bemerkenswerten Versuch. Sie schufen ein Land. Es war nicht die Logik von Wirtschaftswissenschaftlern, die dies möglich machte. Und es war nicht die Vernunft der Geographen. Es war die Kraft einer Vision, die über ihre Zeit hinausreichte, die Kraft eines zugleich einfachen und grandiosen Traumes.

In diesem weiten Land würde ein wirklich unabhängiger Staat entstehen. In diesen Menschen würde eine Tradition heranwachsen, in der sich Engländer und Franzosen, Indianer und Inuit, Neukanadier und Pioniere ungeachtet ihrer Unterschiede vereinigen würden, so daß Gerechtigkeit, Fair play und praktiziertes Miteinander-Teilen gedeihen würden.

Es ist ein langer und mit harter Arbeit verbundener Prozeß, einen Staat zusammenzufügen, der einem Traum entspricht. Doch mußte jede Generation nicht nur Opfer bringen, sie erhielt auch ihre Belohnung. Jede Generation von Kanadiern hat mehr gegeben, als sie genommen hatte. Jetzt ist es für uns an der Zeit, unsere Erbschaft zurückzuzahlen.

Unsere Pflicht ist klar umrissen: Sie besteht darin, die Grundlagen unserer Unabhängigkeit und unserer Freiheiten zu vervollständigen. Auf der jüngsten Verfassungskonferenz hat Premierminister Davis sicherlich der Hoffnung der meisten Kanadier Ausdruck verliehen, als er sagte, daß es heute Zeit ist, „die ersten vernünftigen Schritte zu unternehmen . . . , unsere Einheit zu erneuern und unsere Existenz als Nation wiederzubeleben“. Daß wir Premierminister ge-

scheitert sind, bedeutet für mich einen tiefen persönlichen Schmerz, den gleichen Schmerz, den jeder Premierminister empfunden hat und viele der Ministerpräsidenten, die seit den 20er Jahren im Amt waren, als der erste von zahlreichen Versuchen, unsere Verfassung zu kanadaisieren, scheiterte.

Warum blieben wir erfolglos? Warum endete jeder Versuch, der in über einem halben Jahrhundert unternommen worden ist, mit einem Scheitern und mit Frustration?

Der Grund ist darin zu sehen, daß wir in einer realen und sehr menschlichen Welt nach Vollkommenheit suchten. Wir dachten, in einem System unterschiedlicher Regierungen wäre es allen möglich, in jeder Hinsicht in allem Übereinstimmung zu erzielen. In der Annahme, die einzige Übereinstimmung könnte nur eine einmütige Übereinstimmung sein, übernahmen wir dieses Ideal von Übereinstimmung und machten es zum Despoten . . .

Gewiß ist die Unabhängigkeit der Nation — das unbestrittene Recht der Kanadier auf Selbstbestimmung — kein Gegenstand des Disputs zwischen Provinzregierungen. Unabhängigkeit gehört allen Kanadiern.

Gewiß sind die Grundrechte jedes Kanadiers kein Gegenstand des Disputs zwischen Provinzregierungen. Die Rechte gehören allen Menschen.

Gewiß ist Freiheit keine Streitfrage zwischen Bund und Provinzen. Vor allem die Freiheit gehört allen Menschen.

Und deshalb muß das kanadische Volk jetzt einen Weg finden, der aus der dreiundfünfzigjährigen verfassungsmäßigen Paralyse herausführt. Es gibt einen solchen Weg. Es ist ein gesetzmäßiger Weg, allerdings erfordert er eine kollektive Entscheidung. Über die eine Insti-